



Zypries: "Reform der Netzentgelte verringert regionale Unterschiede"

Zwei wichtige energiepolitische Vorhaben der Bundesregierung werden nun umgesetzt: die schrittweise Angleichung der Netzentgelte und die Förderung von

Zypries: "Reform der Netzentgelte verringert regionale Unterschiede"

Zwei wichtige energiepolitische Vorhaben der Bundesregierung werden nun umgesetzt: die schrittweise Angleichung der Netzentgelte und die Förderung von Mieterstrom.



"Wer die Energiewende will, braucht zügigen Netzausbau. Für die Akzeptanz dieses Projekts ist eine faire Verteilung der Kosten auf alle Schultern entscheidend", brachte Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries den Zweck des [Netzentgeltmodernisierungsgesetzes \(NEMoG\)](#) nach der Verabschiedung durch den Bundestag auf den Punkt. Auch der Bundesrat hat die Novelle nun gebilligt, so dass sie in diesen Tagen in Kraft tritt. Bereits heute ist das [Gesetz zur Förderung von Mieterstrom](#), mit dem die Bundesregierung Mieter stärker an der Energiewende beteiligen möchte, in Kraft getreten. Wir erklären die zentralen Neuerungen der beiden Gesetze.

Übertragungsnetzentgelte ab 2023 bundesweit einheitlich

Die regionalen Unterschiede, die derzeit bei den Übertragungsnetzentgelten bestehen, werden Schritt für Schritt abgebaut: Netzentgelte sind Zahlungen, die die Netzbetreiber für die Nutzung ihrer Stromnetze erhalten (detailliertere Informationen dazu liefern wir in unserer Rubrik "[direkt erklärt](#)"). Diese Übertragungsnetzentgelte werden bis 2023 bundesweit angeglichen. Die erste Anpassungsstufe sieht das NEMoG für 2019 vor. Ab 2023 sollen die Zahlungen dann überall in Deutschland gleich hoch sein. Die Vereinheitlichung wird die Entgelte in den nördlichen und östlichen Netzgebieten aus heutiger Sicht um mehr als 20 Prozent sinken lassen.

Entlastung durch Reform der "vermiedenen Netzentgelte"

Eine weitere Anpassung des NEMoG betrifft die sogenannten "vermiedenen Netzentgelte". Dies sind Zahlungen für dezentrale Stromerzeugung, zum Beispiel durch Windkraftanlagen. Sie werden aus den Netzentgelten beglichen, die Stromverbraucher zahlen müssen (mehr dazu bei "[direkt erklärt](#)"). Vermiedene Entgelte sind ein Grund für regional unterschiedlich hohe Netzentgelte. In manchen Regionen machen sie bis zu 20 Prozent der gesamten Netzentgelte aus, in anderen deutlich weniger (Bundesschnitt: rund 10 Prozent). Von der nun verabschiedeten teilweisen Abschaffung der Zahlungen profitieren somit alle Stromverbraucher: Haushalte und Gewerbetreibende ebenso wie die Industrie.

Für alle Bestandsanlagen gilt ab 2018: Die Zahlungen werden auf dem Niveau des Jahres 2016 eingefroren. Bei der weiteren Abschmelzung wird unterschieden zwischen den Erzeugungsanlagen, die volatil sind, also sich schwer steuern lassen (wie Windkraft- und Solaranlagen), und denen, die sich leicht steuern lassen (zum Beispiel Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung). Neue volatile Anlagen erhalten ab 2018 gar keine Zahlungen aus vermiedenen Netzentgelten mehr. Bei Bestandsanlagen werden die Zahlungen in drei Schritten bis 2020 vollständig abgeschmolzen. Steuerbare Anlagen erhalten ab 2023 keine Zahlungen mehr, sofern sie erst danach ans Netz gehen.

Solarstrom vom Hausdach nun auch für Mieter

Das zweite jüngst beschlossene Gesetz wird Mieter unmittelbarer an der Energiewende beteiligen. Sie sollen ebenso wie Eigenheimbesitzer von Solarstrom vom Hausdach profitieren können. Vermieter, die den Bewohnern ihrer Häuser Strom aus Solaranlagen anbieten, die neu in Betrieb genommen werden, können künftig den sogenannten Mieterstromzuschlag erhalten. Auf diese Weise wird das Modell für die Anbieter wirtschaftlicher. So schafft das Gesetz neue Impulse für den Ausbau der solaren Stromerzeugung. Das Potenzial für Mieterstrom umfasst nach einem [Gutachten](#), das das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) in Auftrag gegeben hat, bis zu 3,8 Millionen

Wohnungen. Einen ausführlichen Artikel über das Gesetz zur Förderung von Mieterstrom finden Sie [hier](#).

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[> BMWi-Pressemitteilung zur Billigung der Energiegesetze im Bundesrat](#)
 - [\[> BMWi-Pressemitteilung zum Beschluss des NEMoG im Bundestag](#)
 - [\[> BMWi-Themenseite "Regulierung der Netzentgelte"](#)
 - [\[> Informationsportal Erneuerbare Energien – Themenseite "Mieterstrom"](#)
-

Was ist eigentlich das "Netzentgelt"?

Muss sich der Strom ein Zugticket kaufen, um vom Produzenten zum Verbraucher zu kommen? Was zunächst seltsam klingt, ist von der Wirklichkeit gar nicht so weit entfernt. Warum, erfahren Sie hier.



© BMWi

Darum geht's: Eine Gebühr für die Nutzung des Stromnetzes bezahlen – damit es erhalten und ausgebaut werden kann

Wer in seiner Heimatstadt in den Zug steigt, braucht ein Ticket. Denn der Betrieb des Schienennetzes, das ganz Deutschland umfasst, kostet Geld: den Arbeitslohn der Zugführer, die Kosten für Anschaffung und Wartung der Züge, Ausgaben für die Organisation des Betriebsablaufes und vor allem die Kosten für Aufbau und Instandhaltung des Schienennetzes. Was beim Zufahren das Ticket, ist beim Strom das Netzentgelt. Damit der Strom von dort, wo er produziert wird, zum Verbraucher kommt, muss er durch das Stromnetz fließen. Und für die Nutzung des Stromnetzes fällt eine Gebühr an: das Netznutzungsentgelt, kurz Netzentgelt.

Betrieb und Ausbau des Stromnetzes kosten Geld

Das deutsche Stromnetz besteht aus vielen, oft lokalen Verteilnetzen und dem überregionalen Übertragungsnetz. Das Übertragungsnetz ist in vier Gebiete aufgeteilt. Für jedes Gebiet gibt es einen verantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber: TenneT und 50Hertz decken den Norden und den Osten des Landes ab, Amprion und TransnetBW den Westen und Südwesten. Diese vier Übertragungsnetzbetreiber und die rund 900 Betreiber der lokalen Verteilnetze sind für den sicheren und zuverlässigen Betrieb des Stromnetzes und seinen weiteren Ausbau verantwortlich. Die dabei anfallenden Kosten können sie anteilig den Stromanbietern in Rechnung stellen, die das Netz nutzen, um ihren Strom zu den Verbrauchern zu transportieren. Die Stromanbieter wiederum geben die Kosten mit der Stromrechnung an ihre Kunden weiter – in Form des Netzentgelts pro verbrauchter Kilowattstunde Strom.

Netzentgelt gerechter verteilen

Die Höhe des Netzentgelts lag für Haushaltskunden 2016 bei durchschnittlich 6,71 Cent pro Kilowattstunde Strom. Allerdings sind die Netzentgelte von Region zu Region unterschiedlich – je nach Auslastung des Netzes, nach Alter und Qualität der Stromleitungen und vielen anderen Faktoren.

Das derzeitige Problem mit den regional unterschiedlichen Netzentgelten verdeutlicht folgendes Beispiel: Um den sauber produzierten Strom von den vielen Windkraftanlagen in Norddeutschland überhaupt ins Netz einspeisen zu können, müssen die regionalen Netze besonders dringend ausgebaut werden. Die Kosten dafür legen die dortigen Netzbetreiber auf das Netzentgelt um. Es ist in diesen Regionen, beispielsweise in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, deshalb besonders hoch. Der Strom wird zukünftig aber nicht nur in Norddeutschland verbraucht, sondern auch im Westen und Süden des Landes dringend benötigt. Deshalb ist es ungerecht, dass die Norddeutschen für den Netzausbau dauerhaft stärker zur Kasse gebeten werden als in diesem Beispiel die West- und Süddeutschen. Genau hier setzt das Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG) an. Es gleicht unter anderem die Übertragungsnetzentgelte schrittweise an, sodass sie ab 2023 überall in Deutschland gleich hoch sein sollen (mehr zum NEMoG erfahren Sie [hier](#)).

Vermiedene Netzentgelte

Mit dem NEMoG gibt es noch eine weitere Änderung. Wer Strom ins lokale Verteilnetz einspeist, erhält dafür das sogenannte „vermiedene Netzentgelt“. Als der Gesetzgeber die vermiedenen Netzentgelte im Jahr 2005 eingeführt hat, ging man davon aus, dass lokal erzeugter Strom Kosten des Netzaufbaus vermeidet: Der lokale Strombedarf kann mit vor Ort erzeugtem Strom gedeckt und dadurch die Nutzung vorgelagerter Übertragungsnetze vermieden werden. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass dezentral erzeugter Strom nicht immer vor Ort verbraucht wird, sondern durch das Übertragungsnetz an den Verbrauchsort transportiert werden muss. Insbesondere Strom aus Solar- und Windkraftanlagen vermeidet heute keinen Netzausbau mehr, sondern macht ihn notwendig. Deshalb werden die vermiedenen Netzentgelte reformiert (mehr darüber lesen Sie [hier](#)).

Höhe des Netzentgelts klar geregelt

Das Netzentgelt dürfen die Netzbetreiber übrigens nicht wahllos festlegen. Hier macht der Staat klare Vorgaben, die von der Bundesnetzagentur und den Landesregulierungsbehörden umgesetzt werden.

Danach darf der Erlös aus dem Netzentgelt eine bestimmte Grenze nicht überschreiten. Diese Grenze wird in einem aufwendigen Verfahren errechnet, bei dem es sich für die Netzbetreiber beispielsweise auszahlt, wenn sie möglichst effizient arbeiten. Mehr zum Thema Erlösobergrenze erfahren Sie [hier](#).

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[> BMWi-Themenseite "Regulierung der Netzentgelte"](#)

[\[> Informationsseite der Bundesnetzagentur "Was ist ein Netzentgelt?"](#)

Chance für deutschen Mittelstand: Erneuerbare weltweit gefragt

Weltweit suchen immer mehr Länder nach Technologien, um den heimischen Ausbau der Erneuerbaren voranzubringen. Das Bundeswirtschaftsministerium hilft deutschen Mittelständlern aus dem Energiebereich, ihre Chancen auf dem Weltmarkt besser zu nutzen.



© BMWi/Anja Blumentritt

Erneuerbare Energien sind weltweit auf dem Vormarsch. Doch nicht jedes Land verfügt über das nötige Know-how und die Technologien, um die eigene Energiewende voranzubringen. Mit internationalen Ausschreibungen suchen diese Länder nach ausländischen Unternehmen, die ihre Energielösungen exportieren wollen. Für deutsche Unternehmen, deren energieeffiziente und umweltfreundliche Technologien weltweit gefragt sind, ein riesiger und erfolgversprechender Markt. Doch gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) schrecken oft vor einer Teilnahme an diesen Ausschreibungen zurück – und lassen somit ein großes wirtschaftliches Potenzial ungenutzt.

Internationale Ausschreibungen: schwierig, aber lohnenswert

Die Gründe für die Zurückhaltung im deutschen Mittelstand sind vielfältig. Zwei der wichtigsten: Zum einen sind die Ausschreibungen oft undurchsichtig. Zum anderen herrscht im internationalen Wettbewerb ein harter Preiskampf, bei dem die Qualität der angebotenen Lösung häufig zu kurz kommt. Deutsche Unternehmen können hier also mit dem Label "made in Germany", das langfristige Qualität, aber eben auch höhere Preise bedeutet, nicht wie gewünscht punkten.

Trotzdem lohnt es sich für deutsche KMU mittel- und langfristig, an internationalen Ausschreibungen teilzunehmen und dadurch neue Märkte zu erschließen. Das wurde auch auf der Fachveranstaltung "Internationale Ausschreibungen für Projekte klimafreundlicher Energielösungen" deutlich, zu der das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) am 12. Juli 2017 im Rahmen der Exportinitiative Energie eingeladen hatte (mehr zur Exportinitiative Energie erfahren Sie [hier](#)). Vertreter der Vereinten Nationen, der Weltbank-Gruppe, der EU sowie Banken und exporterfahrene Unternehmen gaben bei der Veranstaltung konkrete Ratschläge, wie sich KMU erfolgreich auf dem Weltmarkt aufstellen und an internationalen Ausschreibungen teilnehmen können – von der Vernetzung mit Partnern vor Ort über einen speziellen Leitfaden der KfW zu nachhaltigen Auftragsvergaben bis hin zu Technology-Fairs der UN, auf denen KMU ihre Energielösungen ausstellen können.

Konkrete Strategien für den Markteintritt in anderen Ländern soll die kommende Fachveranstaltung der Exportinitiative Energie am 24. Oktober 2017 in Berlin aufzeigen. Anmeldungen hierzu sind per E-Mail an die Geschäftsstelle der Exportinitiative Energie unter fachveranstaltung@german-energy-solutions.de möglich.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ BMWi-Themenseite "Exportinitiative Energie"](#)
 - [\[→ Informationen zu den UN-Technology Fairs](#)
 - [\[→ Internetauftritt der Exportinitiative Energie](#)
-

Strom, Heizung, Verkehr: Brauchen wir für eine erfolgreiche Energiewende einen CO₂-Preis in allen Sektoren?

Zu dieser Frage äußern sich Björn Klusmann, Geschäftsführer des Think Tanks Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), und Matthias Hartung, Vorsitzender des Vorstands von DEBRIV – Bundesverband Braunkohle.

PRO: BJÖRN KLUSMANN



© FÖS

Der Erfolg der Energiewende krankt an einer zentralen Stelle: Niedrige CO₂-Preise und Subventionen für fossile Energieträger konterkarieren alle Anstrengungen, die gesetzten Ziele zu erreichen. Dadurch wird die Energiewende unnötig verteuert. Dieses Problem ist ein finanz- und steuerpolitisches: Solange CO₂-Emissionen keinen wirksamen Preis haben, widerspricht es häufig rationalem und wirtschaftlichem Handeln, sie zu vermeiden. Gleichzeitig haben solche Unternehmen Nachteile, die umweltschonend wirtschaften.

Ohne ein wirksames Preissignal für CO₂ sind fairer

Wettbewerb und eine erfolgreiche Energiewende nicht möglich, denn der europäische Emissionshandel wird auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, einen ausreichenden Anreiz für Investitionen in klimafreundliche Technologien zu setzen. Ein CO₂-Preis kann ein verlässliches, stabiles Preissignal für den Weg zur Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft setzen.

Die bestehenden Steuern im Energiebereich sind historisch gewachsen und nicht auf die Ziele der Energiewende ausgerichtet. Sie folgen keiner einheitlichen Systematik und viel schlimmer: Verschiedene Ausnahmen für einzelne Branchen und Anwendungsfälle beeinflussen die Lenkungswirkung und können sogar Fehlanreize zulasten des Klimaschutzes oder der Sektor-Kopplung bewirken. Eine Reform muss innerhalb und zwischen den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr eine konsistente CO₂-Bepreisung herstellen. Die Steuersätze sollten sich an Energiegehalt und CO₂-Intensität orientieren. Zwischen den Sektoren kann der Energiesteueranteil unterschiedlich hoch sein, um die spezifischen Finanzierungsaufgaben und weiteren Schadenskosten außerhalb der Klimawirkung wie zum Beispiel Luftschadstoffe oder Infrastrukturkosten im Verkehrssektor abzubilden. Zudem kann die Besteuerung des Energiegehalts auch Effizienzanreize bei CO₂-freien Energieträgern geben. Zusätzlich und entscheidend müssen alle Energieträger einheitlich entsprechend ihres CO₂-Gehalts besteuert werden. Wir empfehlen einen Einstiegswert von 30 Euro pro Tonne CO₂, der im Zeitverlauf steigt, um die Klimakosten angemessen einzupreisen. Die Wettbewerbsposition einzelner Energieträger macht sich damit vorrangig an ihrer Klimawirkung fest – so stehen Steuern im Einklang mit dem Pariser Abkommen.

CONTRA: MATTHIAS HARTUNG



© RWE

Wir brauchen vor allem einen breiteren Blick auf die Klimaschutzarchitektur und ihre Instrumente. Dazu gehören für mich drei Elemente:

1. Eine Offensive, die Innovationen und Technologien fördert.

Sie setzt Anreize in allen Sektoren, um CO₂-arme Technologien voranzubringen. Für die Energiebranche wie für die Industrie, den Verkehrssektor und den gesamten Gebäudebereich. Mein Plädoyer: Anschubfinanzierung ja, Dauersubventionierung nein. Je früher es gelingt, innovative Technologien markt- und wettbewerbsfähig zu machen, desto besser. Diese Offensive könnte in allen Bereichen

Perspektiven schaffen. Und so den Standort Deutschland stärken und nicht aushöhlen.

2. Verlässliche Reduktionspfade für alle Sektoren

Unumstritten: Wir wollen die europäischen Minderungsziele erreichen. Klare, realistische Vorgaben sorgen für Planungssicherheit und verhindern Strukturbrüche in Industrien und Regionen. Für den Stromsektor gibt es den europäischen Emissionshandel. Das umfassende System funktioniert und beinhaltet Strategie, Minderungspfad und Instrument. Maßgebend ist das Cap, also die kontinuierlich sinkende Emissionsobergrenze. Das Cap garantiert das Erreichen der Ziele, nicht die Höhe des CO₂-Preises.

3. Eine Gesamtstrategie mit ganzheitlicher Betrachtung

Unsere Gesellschaft befindet sich auf dem Weg in die "all electric society" mit Strom als Haupttreibstoff. Nötig dazu: Der Einsatz von Strom in weiteren Sektoren muss wettbewerbsfähig werden. Die Gestaltungsaufgabe liegt in den Händen der Politik; eine Möglichkeit wäre etwa in einer Neujustierung des Steuern- und Abgabensystems zu sehen, die sich daran ausrichten könnte, wie mit minimalem Kapitaleinsatz eine maximale CO₂-Reduzierung erreicht werden kann. Dies führt auch dazu, sich im bewährten Zieldreieck der Energiepolitik aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit zu bewegen.

Fazit: Nur auf Regulierungsinstrumente wie einen vorgegebenen CO₂-Preis zu setzen, greift zu kurz. Vielmehr sollten wir die technologischen Innovationschancen nutzen, um der Energiewende zum Erfolg und damit auch zu Akzeptanz zu verhelfen.

Matthias Hartung ist Vorsitzender des Vorstandes von DEBRIV – Bundesverband Braunkohle.

Energiewende auf Kasachisch: Mit deutschem Know-how zur Green Economy

Deutschland und Kasachstan wollen bei Themen der Energiewende stärker zusammenarbeiten. Wie das aussehen könnte, darüber wurde beim "German Energy Dialogue" anlässlich der EXPO 2017 in der kasachischen Hauptstadt Astana diskutiert.



Erneuerbare Energien ausbauen und Energie effizienter nutzen: Diese beiden Ziele stehen nicht nur in Deutschland weit oben auf der politischen Tagesordnung. Auch im zentralasiatischen Kasachstan setzt die Regierung verstärkt auf saubere Energieerzeugung und energiesparende Maßnahmen. Für deutsche Unternehmen, die mit ihrem Know-how und ihren Energiewende-erprobten Technologien weltweit gefragt sind, ein interessanter neuer Markt.

Wie eine Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern aussehen könnte, haben rund 200 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft beim "German Energy Dialogue" diskutiert. Zu der Veranstaltung Mitte Juli hatte die Deutsche Energie-Agentur (dena) eingeladen, die bereits seit Jahren die Energiezusammenarbeit zwischen Kasachstan und Deutschland fördert. Die Veranstaltung fand in der kasachischen Hauptstadt Astana anlässlich der EXPO 2017 statt, die noch bis zum 10. September geht und unter dem Motto "Energie der Zukunft – Maßnahmen für weltweite Nachhaltigkeit" steht.

Gemeinsam mehr erreichen

Die Eröffnungsrede der Veranstaltung hielt der parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer. Bereits im Vorfeld hatte er die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern betont: "Kasachstan ist ein wichtiger Partner Deutschlands in Zentralasien, insbesondere im Energiesektor. Dass Kasachstan bei der EXPO 2017 die nachhaltige Energieversorgung der Zukunft in den Mittelpunkt stellt, unterstreicht das große Potenzial zur

Ausweitung und Intensivierung unserer Energiekooperation. Deutschland hat hier viel zu bieten."

Neben Energieeffizienz und erneuerbaren Energien diskutierten deutsche und kasachische Experten beim "German Energy Dialogue" über viele weitere Themen – zum Beispiel die Modernisierung der Energieinfrastruktur, nachhaltige Stadtentwicklung und energieeffiziente Gebäudesanierung.

Ergebnisse der Zusammenarbeit

Die Kooperation der dena mit ihren kasachischen Partnern hat bereits zu konkreten Ergebnissen geführt. Bei der Konferenz wurde eine gemeinsame Broschüre vorgestellt, die sich gezielt an kasachische Industrieunternehmen richtet und energieeffiziente Querschnittstechnologien in Industrie und Gewerbe vorstellt. Mit dem kasachischen Ministerium für Investitionen und Entwicklung hat die dena eine bestehende Vereinbarung erneuert, um gemeinsame Projekte anzuschließen – zum Beispiel in den Bereichen Industrie 4.0, Digitalisierung der Energiewende oder dezentrale Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.

Einsparpotenziale nutzen

Die kasachische Wirtschaft verbraucht derzeit mehr als viermal so viel Energie pro erzeugter Werteinheit wie die deutsche. Entsprechend hoch sind die Einsparpotenziale. Der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew macht sich bereits seit einigen Jahren für "Green Economy" stark – also für ein nachhaltiges Konzept, um die Wirtschaft seines Landes zu modernisieren. Dabei setzt Kasachstan auf internationale Zusammenarbeit und hat sich für Investoren und Partner aus aller Welt geöffnet.

Die dena ist bereits seit längerem in Kasachstan aktiv. 2011 entwickelte sie zum Beispiel im Auftrag der kasachischen Regierung Empfehlungen und Strategien, um die kasachische Energieeffizienzpolitik umzusetzen. Sie führte zudem Energieaudits in den größten Industrieunternehmen durch. Und sie bietet Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme für Energieexperten aus der staatlichen Verwaltung und für Energieberater an. Den "German Energy Dialogue" hat die dena zusammen mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und der Delegation der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien organisiert. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat die dena bei der Umsetzung unterstützt.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ BMWi-Themenseite "Internationale Energiepolitik"\]](#)

[\[→ dena-Themenseite "German Energy Dialogue"\]](#)

Zitat der Woche



© Orcan Energy AG

"Die Verstromung industrieller Abwärme ist ein wichtiger Schritt in Richtung Energieeffizienz. Elektrische Energie ist wertvoller als thermische Energie, denn sie ist universal einsetzbar, zum Beispiel für die eigenen Betriebsprozesse, und senkt so die Strombezugskosten."

Dr. Andreas Sichert, Vorstandsvorsitzender und Mitgründer der Orcan Energy AG

Pressestimmen

Diesmal in den Pressestimmen: eine Riesenbatterie im Salzstock, eine Panda-Solaranlage in China und Kostensenkungen bei der Übertragung von Offshore-Windenergie.



© Knipserin – Fotolia.com

[computerbild.de](https://www.computerbild.de), 24.07.17: "EWE: Grüne Energie aus dem Salzstock"

In Zukunft setzt der Oldenburger Energieversorger bei der erneuerbaren Energiegewinnung auf Kochsalz und Kunststoff. Der Konzern nutzt zwei seiner Salzstöcke im ostfriesischen Jemgum, um

eine wahre Super-Batterie zu bauen. Wie die funktionieren wird, erklärt Computerbild.

utopia.de, 22.07.17: "Erneuerbare Energien mal anders: China eröffnet Panda-Solaranlage"

Wie kann man Kinder und Jugendliche für erneuerbare Energien begeistern? Zum Beispiel mit tapsigen Bären. In China ist eine Solaranlage eröffnet worden, bei der die Module in einem Teilabschnitt so angeordnet sind, dass sie zwei Pandabären bilden. Utopia.de berichtet.

welt.de, 17.07.17: "Strom aus Offshore-Anlagen kommt billiger ans Netz"

Windstrom auf See wird künftig nicht nur günstiger hergestellt, sondern auch zu geringeren Kosten abtransportiert. Die neue Konverterstation vor der niedersächsischen Nordseeküste werde um 15 Prozent günstiger gebaut als die Vorgängerprojekte, teilte Netzbetreiber Tennet mit. Mehr dazu in der Welt.

Modernisieren: Broschüre informiert über Energieeffizienz in Unternehmen

Die neue BMWi-Broschüre "Energieeffizienz in Unternehmen" erklärt anschaulich, an welchen Stellschrauben Betriebe drehen können, um ihre Energiekosten zu senken. Enthalten sind auch Hinweise zu Förderprogrammen und Beispiele aus der Praxis. Die Broschüre kann kostenlos heruntergeladen oder bestellt werden.

Mitmachen: Bewerbungsfrist für Ideenwettbewerb EnEff.Gebäude.2050 läuft

Bis zum 15. September 2017 können Planer und Bauherren ihre Konzepte für nahezu klimaneutrale Gebäude und Quartiere beim BMWi-Ideenwettbewerb "EnEff.Gebäude.2050" einreichen. Das Preisgeld beträgt 150.000 Euro. Auch Konzepte von Hochschulen und Kommunen für einen internationalen Energiewettbewerb sind gefragt. Hier winken 130.000 Euro.

Mitbieten: Erste Ausschreibungsrunde für Biomasseanlagen gestartet

Die Bundesnetzagentur hat Anfang Juli die erste Ausschreibungsrunde für Biomasseanlagen gestartet. Die Förderhöhe wird dabei im Wettbewerb ermittelt –

nur die niedrigsten Gebote erhalten einen Zuschlag. Investoren von Neuanlagen können bis zum 1. September 2017 ihre Gebote abgeben. Zudem kann man sich für bestehende Anlagen um eine Anschlussförderung bewerben.

Kooperieren: Deutschland und Frankreich wollen Erneuerbare voranbringen

Deutschland und Frankreich wollen im Energiebereich enger zusammenarbeiten. Das haben beide Länder beim Deutsch-Französischen Ministerrat vereinbart. Konkrete Themen sind zum Beispiel das europäische Clean Energy Paket, die Integration erneuerbarer Energien in dezentrale Netze und gemeinsame Ausschreibungen im Bereich der Erneuerbaren.

Weiterempfehlen: Energieeffizienz-Netzwerke mit zufriedenen Teilnehmern

94 Prozent der Unternehmen, die Teil eines Energieeffizienz-Netzwerkes sind, empfehlen es weiter. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Umfrage im Auftrag der Initiative Energieeffizienz-Netzwerke. Die Initiative hilft Unternehmen dabei, sich zusammenzuschließen und gemeinsam Energie zu sparen.

Sie haben Fragen oder Anregungen?

Kontaktieren Sie uns bitte unter newsletter-energiewende@bmwi.bund.de.

Kommende Ausgabe am 12. September 2017

Die nächste Ausgabe des Newsletters "Energiewende direkt" erscheint nach der Sommerpause, am Dienstag, den 12. September 2017.
